



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.1782.01

WSD / P051782
Basel, 2. November 2005

Regierungsratsbeschluss
vom 1. November 2005

Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2004

1. Vorbemerkung

Gemäss Ziffer 5 der Richtlinien über Massnahmen betreffend den Fluglärm aus dem Betrieb des Flughafens Basel-Mulhouse (SGS 956.520), erlassen mit Grossratsbeschluss betreffend Verlängerung der Hauptpiste des Flughafens Basel-Mulhouse vom 22. April 1976 und in der Volksabstimmung vom 5./7. November 1976 gutgeheissen, berichtet der Regierungsrat dem Grossen Rat jedes Jahr über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung. Der Regierungsrat stützt sich dabei auf den Bericht der zu seiner Beratung eingesetzten Fluglärmkommission.

Der Bericht der Fluglärmkommission (FLK) für 2004 ist dem Bericht des Regierungsrats als Beilage angefügt. Er enthält wie in den Vorjahren auch den Geschäftsbericht der Ombudsstelle für Fluglärmklagen. Da die FLK seit 1. Juli 2001 als gemeinsames Gremium der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur Beratung beider Regierungen konstituiert ist¹, wird der Bericht der FLK gleichzeitig dem Grossen Rat und dem Landrat zur Kenntnis gebracht.

2. Anmerkungen des Regierungsrats zum Bericht der Fluglärmkommission für das Jahr 2004

Nachdem der Luftverkehrsstandort Basel seit dem Jahr 2001 massive Verluste hinnehmen musste, zeichnete sich im Jahr 2004 vor allem aufgrund der neuen Partner im Bereich low-cost eine deutliche Trendwende ab. Zum Jahresende lag das Passagieraufkommen am EuroAirport (EAP) mit rund 2,55 Mio. Fluggästen erstmals wieder über dem Wert des Vorjahrs. Beim Linienverkehr bedeutete dies einen Anstieg um 8%. Der Ferienflugverkehr nahm hingegen um 13% ab. Mit einem Transitanteil von nur noch 2% (gegenüber 28% in der Vergangenheit) stützte sich der Passagierverkehr dabei fast ausschliesslich auf den Quell- und

1) Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Fluglärmkommission und die Ombudsstelle für Fluglärmklagen vom 29./22. Mai 2001; SG 956.550

Zielverkehr ab. Verändert hat sich aber auch die Anbieterstruktur. Nach der markanten Reduktion ihres Angebots in 2003 und zu Beginn von 2004 war die SWISS am Ende des Jahres nicht mehr die stärkste Fluggesellschaft am EAP. Mit etwas mehr als 25% Verkehrsanteil lag sie auf Platz zwei leicht hinter der Air France. Diese beiden Ergebnisse zeigen deutlich den Wandel, der sich am EuroAirport vollzogen hat.

Aus Umweltsicht betrachtet ist positiv, dass trotz steigender Passagierzahlen die Flugbewegungszahlen weiterhin rückläufig sind. Insgesamt wurden im Jahr 2004 77'670 Starts und Landungen gezählt. Dies sind 12% weniger als Ende 2003. Grund für diesen Rückgang ist, dass zum einen gegenwärtig deutlich grössere Maschinen am EAP eingesetzt werden und zum anderen gleichzeitig die Auslastung der Flugzeuge gestiegen ist. Vor diesem Hintergrund stellt die FLK fest, dass im Jahr 2004 die Fluglärmsituation am Flughafen Basel-Mulhouse weiterhin unproblematisch gewesen ist. Positiv registriert die FLK die Abnahme der sogenannten (nicht auf den Standardrouten geführten) «Départs omnidirectionels» und die damit bewirkten Verbesserungen der Lärmsituation wie auch im Hinblick auf die Berechenbarkeit des Flugverkehrs.

Die FLK weist insbesondere darauf hin, dass der deutliche Rückgang des Anteils an kleinen Flugzeugtypen dazu geführt hat, dass die Ost-West-Piste nochmals weniger benutzt wird. Der Weststart-Anteil liegt nur noch bei 12,6% (Vorjahr 18%). Damit wurde die im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Verlängerung der Ost-West-Piste vorgesehene Quote von 20-25% nicht mehr erreicht. Die FLK fordert daher, dass die Bemühungen für die verbesserte Benutzung der Ost-West-Piste fortgesetzt werden müssen. Auch für den Regierungsrat ist diese Entwicklung nicht befriedigend, wenngleich ihm bewusst ist, dass die Hauptursache für die derzeit kleine Weststartquote die eingetretene Veränderung der Flottenzusammensetzung ist. Aus diesem Grund hat er die zuständigen Flugsicherungsstellen einerseits im Rahmen der Beratungen der Trinationalen Umweltkommission für den EuroAirport, andererseits aber auch im Zusammenhang mit seiner Stellungnahme zum projektierten Instrumentenlandesystem für die Piste 34 (ILS 34) aufgefordert, gemeinsam mit dem Flughafen und den am EuroAirport operierenden Fluggesellschaften die bereits getroffenen Massnahmen zur Anhebung der Weststarts fortzuführen und allenfalls andere Möglichkeiten zu prüfen. Positiv ist für den Regierungsrat, dass trotz des auf Anfang 2004 offiziell etablierten direkten Süd-Abflugverfahrens „BASUD direkt“ der Anteil der Direktstarts mit einem Wert von im Tagesdurchschnitt 3,7 Abflügen von Strahlflugzeugen immer noch klar unter der in der Direktstartvereinbarung von 1998 festgelegten Höchstgrenze von 8 liegt.

Grundsätzlich stellt die FLK für 2004 - abgesehen von der Abnahme der Weststarts - keine wesentliche Veränderung im Nutzungsmuster des Pistensystems am EuroAirport fest. Die Fluglärmimmissionen betreffen somit weiterhin primär die Gebiete im Norden (56% aller Bewegungen) und den Süden (37% aller Bewegungen) des Flughafens. Die Nachfluggbewegungen haben im Süden stark abgenommen (-57% gegenüber dem Vorjahr), während im Norden eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist (+1%). Zudem haben die Nachtfluggbewegungen insgesamt überproportional abgenommen (-13% gegenüber dem Vorjahr).

Der Regierungsrat begrüsst diese Entwicklung und ist weiterhin der Meinung, dass generell für die Festlegung der An- und Abflugverfahren am Flughafen Basel-Mulhouse – unabhängig

der Landesgrenzen – die Zahl der betroffenen Personen eine massgebende Rolle spielen muss. Deshalb fordert er, dass die Nachtflugbewegungen weiterhin möglichst über den viel weniger besiedelten Norden abgewickelt werden. Zudem tritt er aus diesen Gründen auch bezüglich des geplanten ILS 34 auch für eine restriktive Nutzungsregelung ein.

Aufgrund der Einschätzung der FLK und mit Blick auf die weiterhin erfolgende Umsetzung bzw. Einhaltung der Umweltauflagen zum Investitionsbeitrag des Kantons an den Flughafen ausbau ist der Regierungsrat der Auffassung, dass die Fluglärmsituation am EuroAirport gegenwärtig keinen besonderen Handlungsbedarf auslöst. Wie zuletzt in seiner Stellungnahme zum Projekt ILS 34 dargelegt, wird er aber darauf achten, dass das in den letzten Jahren etablierte Gleichgewicht in der Fluglärmsituation rund um den Flughafen nicht wieder aufgehoben wird. Gegenüber dem Flughafen sowie den zuständigen Flugsicherungsbehörden wird er daher weiterhin fordern, dass einerseits die bestehenden Regelungen (v.a. zur Direktstartvereinbarung) eingehalten werden und andererseits bei geplanten Veränderungen im An- und Abflugregime ein Rahmen geschaffen wird, der den Schutzbedürfnissen der Anwohnerschaft möglichst gut Rechnung trägt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Ralph Lewin
Präsident

Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber

Beilage:

- Bericht der Fluglärmkommission für das Jahr 2004